

Hannelore Roedel

- (A) Was die politischen Rahmenbedingungen angeht, haben Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, die Zeichen der Zeit leider nicht erkannt. Denn wesentliche Elemente der von Ihnen beschlossenen Reformen vergrößern die Benachteiligung von Frauen. Nehmen wir zum Beispiel **Hartz**: Neuerdings heißt es „Agentur“ statt „Anstalt“, „Jobcenter“ statt „Ämter“, „Fallmanager“ statt „Sachbearbeiter“ und der Arbeitslose ist jetzt „Kunde“. Klingt alles modern, doch haben Sie Änderungen festgestellt? Die Personal-Service-Agenturen, das Herzstück von Hartz, sollten 850 000 Stellen im Jahr bringen. Tatsächlich vermittelt wurden 15 000 Arbeitssuchende – leider die wenigsten davon Frauen. Auch in den Agenturen selbst beträgt der Anteil der Frauen an den Beschäftigten lediglich 30 Prozent. Mit Hartz IV wurden die Weiterbildungsmittel gekürzt. Als Resultat dieser Kürzungen mussten die Anbieter von Weiterbildungsmaßnahmen Personal entlassen – überwiegend weibliches, versteht sich. Auch bei der Vergabe von Weiterbildungsgutscheinen werden Männer als so genannte teure Arbeitslose bevorzugt und die Frauen kommen zu kurz.

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Hört!
Hört!)

Besonders die für Berufsrückkehrerinnen wichtigen Weiterbildungsmaßnahmen in Teilzeit werden fast überhaupt nicht mehr durchgeführt. Damit wird diesen Frauen der erneute Zugang zum Arbeitsmarkt fast unmöglich gemacht. Man darf es fast nicht sagen, aber das „Risiko Kind“ kommt hier voll zum Tragen.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Eine weitere Fehlentscheidung in der Arbeitsmarktpolitik dieser Regierung zulasten von Frauen war die gesetzliche Verankerung des **Anspruches auf Teilzeit**. Was nützt ein Anspruch auf Teilzeit, wenn Frauen nicht einmal die Einladung zum Bewerbungsgespräch bekommen? Unternehmen ziehen den Bewerber vor, von dem sie vermuten können, dass er später keine Teilzeitwünsche äußert. Diesen Nachweis haben wir.

(Elke Ferner [SPD]: Lädt die Bundesregierung
oder laden Ihre Arbeitgeberfreunde ein?)

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, das Problem der Frauen lässt sich – anders, als Sie denken – nicht alleine mit dem Ausbau der Kinderbetreuung lösen. Frauenpolitik ist nämlich nicht nur Familienpolitik. Mehr Kinderbetreuung allein schafft noch keine Arbeitsplätze für Frauen. Erkennen Sie die Frauenpolitik doch endlich als Querschnittsaufgabe an!

(Christel Humme [SPD]: Frauen sind nicht das
Problem, Frauen sind die Lösung!)

Um eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern durchzusetzen, bedarf es mehr als theoretischer Ansätze. Auch wenn sich Gender Mainstreaming auf dem Papier gut anhört und Ihren Gesetzentwürfen den Anschein formaler Gleichberechtigung gibt, reicht dies nicht aus.

Die notwendigen Maßnahmen finden Sie in unserem Antrag. Frau Staatssekretärin, ein guter Anfang wäre,

mit den antiquierten Ansichten Ihrer Kabinettskollegen zum Thema Gleichberechtigung aufzuräumen. Ich nenne nur den von Herrn Clement im Zusammenhang mit Hartz IV geäußerten Wunsch, Frauen entweder mit Minijobs abzuspeisen oder an den Herd zu verbannen. Dies ist doch chauvinistisch. Unsere Unterstützung dazu haben Sie.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Elke Ferner (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation im Jahre 1995 haben die Kolleginnen eben schon gewürdigt. Vor zehn Jahren gab es auch eine große außerparlamentarische Bewegung. Wir im Parlament waren dabei nicht alleine. Ich denke, wir sollten an dieser Stelle noch einmal den Gruppierungen „Frauen in besserer Verfassung“ und „Frauen vom Runden Tisch“ sowie den Gewerkschaftsfrauen und den Frauen aus den kirchlichen Frauenorganisationen für ihre Unterstützung danken; denn ohne sie hätten wir es wahrscheinlich nicht so weit gebracht.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Sozialdemokratische Partei waren Jutta Limbach, Lore Peschel-Gutzeit, Heidi Alm-Merk, Gisela Böhrk, Ulrike Mascher, Edith Niehuis, Christel Riemann-Hanewinkel und Konstanze Wegner in der Verfassungskommission. Sie haben sich für die Fraktion und für die SPD hauptsächlich darum gekümmert. Natürlich haben auch wir als Frauen in der Fraktion die Positionen gestärkt, wenn es um Art. 3 Grundgesetz ging.

Ich möchte heute noch einmal daran erinnern, warum wir das damals überhaupt getan haben und weshalb die Debatte aufgekommen ist. Sie kam auf, weil die Gleichstellungsgesetze in den Ländern und die Frauenförderpläne in den Kommunen reihenweise beklagt worden sind und einige Gerichte es für richtig gefunden haben, das Gleichstellungsgebot hinter das Diskriminierungsverbot zu stellen. Ich muss sagen, ich bin froh, dass es uns geglückt ist, die Ergänzung im Grundgesetz zu erreichen, auch wenn die Vorstellungen der SPD an dieser Stelle weiter gehend waren.

Ich möchte jetzt noch kurz auf ein oder zwei Forderungen in Ihrem Antrag eingehen. Sie fordern die Bundesregierung auf, die gesellschaftliche Repräsentanz und die **Berücksichtigung von Frauen bei der Besetzung von Gremien** zu fördern. Ich glaube, diese Forderung sollten Sie besser an Ihre eigene Partei richten.

(Beifall der Abg. Erika Lotz [SPD])

Es gab nämlich noch nie so viele Ministerinnen und Parlamentarische Staatssekretärinnen wie in dieser Bundesregierung. Wir haben die Staatsministerin Christine Weiß mitgezählt und kommen auf insgesamt sieben Ministerinnen und sieben Minister sowie elf Parlamentarische

Elke Ferner

- (A) Staatssekretärinnen und 15 Parlamentarische Staatssekretäre. Lediglich bei den beamteten Staatssekretärinnen ist noch sehr viel aufzuholen. Ich hoffe, dass das irgendwann der Fall sein wird.

Ich muss sagen: Einen so hohen Frauenanteil hat es zu Ihren Regierungszeiten nie gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Dort, wo Sie Verantwortung tragen, werden die Frauen sogar noch abgesägt. Im Kabinett Ihres Ministerpräsidenten Müller ist nach der Regierungsumbildung von vormals drei Ministerinnen gerade einmal eine als Feigenblatt im Kabinett übrig geblieben.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Das ist die Innenministerin! – Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Das ist die einzige Innenministerin in Deutschland!)

Von insgesamt 249 Abgeordneten in der Bundestagsfraktion der SPD sind 94 Frauen. In der CDU/CSU-Fraktion sind es 57 von 247. Ich glaube, wenn man diese Zahlen sieht, dann erkennt man, dass weder wir noch die Bundesregierung von Ihnen Nachhilfeunterricht bei der Frauenförderung brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich sind die Erfolge noch nicht so groß, wie wir uns das wünschen. Es geht aber voran.

In Ihrem Antrag fehlt die Forderung nach bedarfsgerechten Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen völlig. Ich habe zumindest nichts gefunden.

- (B)

(Annette Widmann-Mauz [CDU/CSU]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Wenn man das in Verbindung mit Ihrer Forderung bringt, durch geeignete Maßnahmen eine bessere Wahlfreiheit für Frauen und Männer zwischen **Beruf und Familie** zu fördern, dann wird klar, wo das hingehen soll.

(Erika Lotz [SPD]: Hört! Hört!)

Sie wollen weiterhin, dass sich Frauen und Männer zwischen Beruf und Familie entscheiden.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Das ist Ihre Interpretation!)

Wir wollen, dass sie sich für beides entscheiden können. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Frauenpolitik.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ausdrücklich: Frauen wollen sich nicht nur zwischen Familie und Beruf entscheiden, sondern Frauen wollen heute mehr, als nur einen Beruf ausüben. Da sie alle eine gute Ausbildung haben, wollen sie im Beruf Karriere machen.

(Dr. Maria Böhmer [CDU/CSU]: Wer bestreitet das? Wir wollen, dass sie in Spitzenpositionen kommen!)

- Ich finde, das sollte man deutlich machen. (C)

Zum Thema **Ganztagsbetreuung** möchte ich Folgendes sagen: Im Saarland, wo Sie Verantwortung tragen – ich nehme wieder das Beispiel Saarland –, ruft die Landesregierung trotz der dort herrschenden Finanzknappheit von den 16 Millionen Euro, die für das letzte und dieses Jahr zur Verfügung stehen, gerade einmal 4,5 Millionen Euro ab. Das ist der Abrufstand von vor zwei Wochen. Da fragt man sich schon, was das soll. Sogar ein Land wie Baden-Württemberg ist da weiter.

(Dr. Maria Böhmer [CDU/CSU]: Das Saarland hat die besten Leistungen! Drittes Kindergartenjahr!)

– Frau Böhmer, Sie wissen genau, dass die Aktion mit dem kostenlosen dritten Kindergartenjahr viel Geld kostet, das besser für die Ganztagsbetreuung ausgegeben werden sollte. Sie können aber zum dritten Kindergartenjahr gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Dr. Maria Böhmer [CDU/CSU]: Die haben dort die besten Leistungen für Familien erbracht!)

Dort, wo Sie Verantwortung tragen, wird ganz deutlich, was für Sie wichtig ist. In diesen Ländern ist nämlich der Versorgungsgrad mit Plätzen an Ganztagschulen am schlechtesten. Das zeigt, wo die Reise hingeht.

Ich hätte noch gerne etwas zu dem Thema Frauen in der Wissenschaft gesagt. Aber das schaffe ich aufgrund meiner knappen Redezeit nicht mehr.

- (D) Einen Punkt möchte ich doch noch anmerken. Eben ist von einem Frauenproblem gesprochen worden. Das ist wieder ein gravierender Unterschied zwischen uns: Wir sehen Frauen nicht als Problem. Für uns sind Frauen die Lösung. Das macht Ihre Haltung deutlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich gibt es noch viel zu tun. Hier wurde eben auch die Privatwirtschaft angesprochen: Ich mache keinen Hehl daraus, dass mir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft deutlich lieber gewesen wäre als diese Vereinbarung. Wir werden das in einiger Zeit zu bewerten haben und sehen, wie es weitergeht. Ich würde mich sehr freuen, Sie dann an unserer Seite zu sehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/4146 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf: